

Positionspapier von Muslim Interaktiv

Als Muslim Interaktiv engagieren wir uns seit Jahren für die Rechte und Interessen der Muslime im deutschsprachigen Raum. Durch unseren politischen Aktivismus haben wir in Kürze wertvolle Erkenntnisse gesammelt, wie mit islamischen Akteuren im öffentlichen Diskurs umgegangen wird und welchen Herausforderungen sie gegenüberstehen. Durch unsere Interaktion und die überwiegend positive Resonanz, die wir insbesondere von Muslimen erhalten, ist deutlich geworden, dass wir ein breites Meinungsbild der islamischen Community abbilden.

Auf dieser Grundlage ist das vorliegende Positionspapier entstanden, in dem wir den politischen Hintergrund unserer Arbeit und unsere diesbezüglichen Standpunkte erklären.

Muslime in Europa

Obwohl Muslime seit Jahrhunderten in Europa und seiner Peripherie heimisch sind, wird in der deutschen Islamdebatte und im öffentlich geführten Diskurs, die Existenz der Muslime als Novum und neue Herausforderung für westliche Gesellschaften angesehen. Es wird suggeriert, dass Muslime mit ihrer Weltanschauung Fremdkörper seien, die im Gegensatz zu allen anderen sozialen Gruppen und Minderheiten nicht vorbehaltlos als Grundrechtsträger betrachtet werden dürfen. Auf dieser Basis wurde ein integrationspolitischer Regelungsbedarf konstruiert, der das gesamte Verhältnis zwischen Muslimen und Gesellschaft prägt.

Wir von Muslim Interaktiv erkennen dies als politischen Winkelzug, damit Muslime ihre Grundrechte nicht in Anspruch nehmen können, um ihr autonomes Weltbild zu erhalten und ihr Dasein in Europa eigenständig zu gestalten. Es handelt sich also um eine Politik der Entrechtung, die vollständig zurückzuweisen ist!



Leitkultur, Integration, Assimilation

Dieser integrationspolitische Reglungsbedarf transportiert die gefährliche Botschaft, dass der Islam und Muslime in ihrem Urzustand keinen Platz in westlichen Gesellschaften haben. Dies spiegelt sich auch deutlich im Begriff der Leitkultur wider, der seit Friedrich Merz (CDU) zum Standardrepertoire der deutschen Islamdebatte gehört und der darauf abzielt, einen Wertekonsens zugunsten einer nationalen Identität zu schaffen. Nach dem 11. September wurden Muslime als existenzielle Bedrohung gebrandmarkt, um eine systematische Assimilationspolitik zu legitimieren. Durch die Devise „*Die beste Integration ist die Assimilation*“ hat der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schilly (SPD) den Ton gesetzt, der fortan sämtliche integrationspolitische Maßnahmen und Debatten prägt.

Exemplarisch hierfür steht der Beschluss C 34 des 18. Parteitags der CDU, in dem es heißt: „*Diese aus der abendländisch-christlichen Tradition entwickelten Werte [...] sind **universelle Werte**. Sie stehen nicht zur Disposition und dürfen multikultureller Beliebigkeit geopfert werden. [...] Wer unsere Werteordnung - unsere freiheitliche demokratische Leitkultur - ablehnt oder sie gar verhöhnt und bekämpft, für den **ist in unserem Land kein Platz**. [...] Deshalb erwarten wir von den islamischen Verbänden und Bildungsträgern ein **aktives und kompromissloses Bekenntnis zur grundgesetzlichen Ordnung und zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat**. [...] Wir fordern alle muslimischen Organisationen zu einer klaren und unzweideutigen Absage an jede Form des islamischen Fundamentalismus auf.*“

Ein weiterer Beleg für die Agenda, islamisches Leben in Deutschland unter Gesinnungsvorbehalt stellen zu wollen, sind die Ausführungen der ehemaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU): „*Integration bedeutet nicht Assimilation, lautet das Mantra aus der Integrationsdebatte, **das so schlicht falsch ist**. Auf der Ebene unserer Grundwerte, bei den fundamentalen Prinzipien unseres Gemeinwesens, **verlangen wir natürlich Anpassung, Assimilation!***“

Paradoxerweise fordert selbst der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen die Assimilation der Muslime, was den von dieser Bundesbehörde gegen Muslim Interaktiv ins Feld geführten Vorwurf eines konstruierten Opfer-Narrativs vollends ad absurdum führt!



Für uns als Muslim Interaktiv besteht kein Zweifel daran, dass Integration gesagt, aber Assimilation gemeint ist. Wie selbstverständlich wird von Muslimen ein Wertebekenntnis eingefordert, dem unser autonomes Weltbild weichen soll.

Dies, obwohl der säkulare Staat - so der Anspruch - allen Bürgern gleiche Religionsfreiheit gewährt, während er sich selbst religiös-weltanschauliche Neutralität auferlegt. Aus letzterem folgt, dass er weder Religionen noch Weltanschauungen ablehnen, bekämpfen, für irrational erklären oder überhaupt in irgendeiner Weise bewerten darf. In diesem Sinne schreibt das Grundgesetz seinen Bürgern weder einen bestimmten Lebensentwurf, noch eine bestimmte Wahrheit vor, die sie sich zu eigen machen müssten. Juden, Christen, Muslime, Atheisten, Marxisten etc. - Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Bekenntnissen müssen durch das Grundgesetz geschützt werden, ein säkularer Bekenntniszwang ist dem freiheitlichen Verfassungsstaat fremd und würde ihn in Widerspruch zu sich selbst setzen. Alle Bürger - auch Muslime - haben das Recht ohne Gesinnungsvorbehalt die verfassungsrechtlich garantierten Abwehrrechte in Anspruch zu nehmen. Dies ist der eigentliche Geist des Grundgesetzes, das als bewusster Gegenentwurf zum Dritten Reich entwickelt wurde und stets auf den Schutz des Einzelnen gegenüber dem Kollektiv abstellt.

Diese Leseart des Grundgesetzes deckt sich dabei mit den zahllosen Ausführungen renommierter Staats- und Verfassungsrechtler, so zum Beispiel Horst Dreier:

*„Mit alledem ist dem Erfordernis einer verfassungskonformen Gesinnung oder entsprechenden Werteloyalität **eine Absage erteilt.***

*Vom Staatsbürger im Allgemeinen verlangt der freiheitliche Verfassungsstaat gerade **kein Treuebekenntnis, keinen Bürgereid auf die Verfassung, keine Identifikation mit ihren vermeintlichen oder tatsächlichen Werten.** Dieser Verzicht hat gute, ja zwingende Gründe. Denn es zeichnet diesen Staat gerade aus, dass er die Vielfalt der Meinungen, ethischen Überzeugungen, **divergenten Weltanschauungen und Lebensvollzüge in umfassender Weise schützt.**“*

Was sich unserer Überzeugung nach nicht mit dem Grundgesetz deckt, ist eine Politik der Leitkultur und Assimilation. Dabei werden nicht nur Handlungen wie das Gebet, das Fasten oder Kleidervorschriften problematisiert, sondern über Wertedebatten und Bekenntnisforderungen selbst in die innere Gefühls- und Gedankenwelt von Muslimen eingedrungen. Paradoxerweise wird dabei offen ein Wahrheitsanspruch von Werten reklamiert und ein dahingehendes Bekenntnis eingefordert, obwohl eben diese Werte per definitionem keinen Anspruch auf Wahrheit erheben. Dieser Obrigkeitsanspruch ist mit der Verfasstheit der liberalen Gesellschaft unvereinbar. Die übergreifige Natur der Integrationspolitik offenbart auch das Bayerische Integrationsgesetz. So stellte im Jahr 2019 das Landesverfassungsgericht fest, dass das Gesetz mit dem Leitkulturgedanken auf die *vollständige Assimilation* gerichtet und damit in Teilen verfassungswidrig ist.



Muslim Interaktiv als Akteur

Vor diesem Hintergrund zielt die Arbeit von Muslim Interaktiv darauf ab, sich der Politik der Entrechtung entgegenzustellen und die islamische Identität zu schützen. Dazu gehört die Integrität unserer Ideenwelt und die eigenständige Gestaltung unserer Lebensentwürfe. Um die diesbezüglichen Diskurse zu beeinflussen, setzt Muslim Interaktiv auf einen politischen Aktivismus, der sich auf Sichtbarkeit und Authentizität stützt. Das bedeutet, dass sich in all unseren Aktivitäten die islamische Identität widerspiegeln soll. Nur auf diese Weise ist es möglich, unsere Interessen und Bedürfnisse als Muslime glaubhaft zu kommunizieren und der Gesellschaft unverfälscht gegenüberzutreten. Hierdurch wird eine Diskursebene geschaffen, auf der sich Muslime und Nichtmuslime auf Augenhöhe begegnen und sich als das erkennen, was sie sind.

Da sich Muslim Interaktiv damit dezidiert gegen jene Politik und Diskurse richtet, die das Dasein unterschiedlicher Anschauungen und Lebensentwürfe verunmöglichen, werden wir von jenen destruktiven Kräften angefeindet, die durch einen ins Gegenteil verkehrten Neutralitätsanspruch des Staates Muslime und andere weltanschaulich-religiöse Gruppen entrechten wollen. Der zentrale Vorwurf besteht paradoxerweise darin, dass wir die hiesige Gesellschaftsordnung stürzen wollen, obwohl wir den Geltungsanspruch des Grundgesetzes als normative Ordnung der Bundesrepublik anerkennen. Denn es ist genau jene ordnungspolitische Voraussetzung, die uns als Muslimen das Existenzrecht in Deutschland zusichert.

Wir von Muslim Interaktiv bekennen uns unmissverständlich zu unserer islamischen Identität und Lebensweise und werden unsere diesbezüglichen Rechte weiterhin einfordern. Wir lehnen jegliche staatliche Einflussnahme auf unser Islamverständnis ab und bestehen auf unsere weltanschaulich-religiöse Deutungshoheit. All unsere Ideen und Wertvorstellungen entspringen unserer islamischen Weltanschauung und sind unverhandelbar. Genau wie wir die Existenz anderer Bekenntnisse anerkennen, erwarten wir die Akzeptanz unserer islamischen Überzeugung.

Wir hoffen mit unserer Arbeit einen positiven Beitrag für die Verständigung zwischen der islamischen Gemeinschaft und der deutschen Gesellschaft zu leisten.

